

Klares Signal aus Taiwan

AUSSENPOLITIK Die taiwanischen Wähler haben für mehr Teilhabe und Abgrenzung von China votiert. Der Westen ist gut beraten, sich der Insel weiter anzunähern.

Rund 12 Millionen Taiwanerinnen und Taiwaner waren am vergangenen Samstag aufgerufen, in freien und fairen Wahlen über die politische Zukunft eines Landes zu entscheiden, das weder mit Deutschland noch den USA diplomatische Beziehungen hat. Das Ergebnis: Wie erwartet stellt zum ersten Mal in der Geschichte der Insel vor dem chinesischen Festland die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) sowohl die Präsidentin als auch die Mehrheit im Parlament.

Das ist ein starkes Signal gegen verkrustete staatliche Strukturen, ökonomische Perspektivlosigkeit und für mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe. Das Votum für die DPP spiegelt auch das Streben insbesondere der jungen Generation wider, sich stärker von der Volksrepublik abzugrenzen.

Die Volksrepublik China betrachtet knapp sieben Jahrzehnte nach Ende des chinesischen Bürgerkriegs die Republik China (Taiwan) noch immer als abtrünnige Provinz. Die überwiegende Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten erkennt Taiwan nicht offiziell als unabhängigen Staat an. Ökonomisch profitierte Taiwan lange von der Annähe-

AUSSENANSICHT



SEBASTIAN RELITZ

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ost- und Südosteuropa Regensburg und war von April bis Oktober 2015 Gastwissenschaftler des Taiwanesischen Außenministeriums.

rungepolitik des unbeliebten scheidenden Präsidenten Ma Ying-jeou, insbesondere durch stärkere wirtschaftliche Kooperation und jährlich rund vier Millionen chinesische Touristen. Doch das wird verstärkt als Ausverkauf und schleichende chinesische Übernahme Taiwans angesehen. Das Schicksal Hongkongs vor Augen, wird der Ruf junger Taiwanesen nach vollständiger Unabhängigkeit lauter, wie die Studentenproteste 2014 und 2015 zeigen.

Wie die Außenpolitik der neuen Taiwaner Führung unter Tsai sich entwickeln wird, ist nicht abzuschätzen. Im Wahlkampf hatte sie mehrfach öffentlich ein Festhalten des Status quo signalisiert. In einer ersten Reaktion auf den Wahlausgang warnte China eindringlich vor Schritten in Richtung formaler Unabhängigkeit. Unter den gegebenen Bedingungen ist eine Unab-

hängigkeit Taiwans sehr unrealistisch und im Hinblick auf Frieden und Stabilität in der Region keine ausgereifte Strategie. Dies bedeutet aber nicht, dass das Streben nach mehr Eigenständigkeit ignoriert werden darf. Im Gegenteil sollten die inoffiziellen Beziehungen zwischen Europa und Taiwan ausgebaut werden. Es ist an der Zeit, gerade der jungen Generation mehr Möglichkeiten zur internationalen Teilhabe zu bieten. Der Ausbau bestehender Kooperationen in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft bietet Möglichkeiten zu dringend benötigtem Austausch und Wissenstransfer.

In der Außenpolitik sollten Deutschland und die Europäische Union verstärkt auf die Volksrepublik China einwirken, die Integration Taiwans in internationale Organisationen zu unterstützen. Das erfordert viel Flexibilität bei allen Beteiligten, wie Taiwans Mitgliedschaft in der Welt Handelsorganisation oder dem Internationalen Olympischen Komitee zeigen. Intensivere statusunabhängige Zusammenarbeit eröffnet Taiwan Möglichkeiten zur Diversifizierung seiner Außenbeziehungen. Damit kann die EU dem wachsenden Abhängigkeitsverhältnis von der Volksrepublik etwas entgegensetzen. Eine solche Strategie wäre langfristig für Taiwan und die EU gewinnbringend.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.